

## Die Ampelkoalition hat fertig – Wie geht es weiter? Ein Sonderbericht.



Nach dem Bruch der Ampelkoalition hat Bundeskanzler Scholz angekündigt am 15.01.2025 die Vertrauensfrage im Bundestag stellen zu wollen. Danach dürften Neuwahlen folgen. In seinem Statement am Mittwochabend machte er Finanzminister Lindner für das Scheitern der Ampel verantwortlich. Dieser wiederum wirft dem Kanzler einen kalkulierten Bruch der Koalition vor. Oppositionsführer Merz fordert den Kanzler auf, schon vor dem Jahreswechsel die Vertrauensfrage zu stellen und den Weg für Neuwahlen bereits im Januar 2025 frei zu machen. 1966 wurde die Vertrauensfrage im Bundestag erstmals gestellt. Insgesamt kam es sechs Mal zu der Stellung der Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag.

Bundeskanzler Scholz führt nun eine Minderheitsregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Diese kommt zusammen auf 44 % der Sitze im Bundestag und ist auf die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen angewiesen. Als einzelne Fraktion kann nur die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die notwendigen 42 Stimmen zu einer Mehrheit beitragen. Eine Zusammenarbeit mit BSW und AfD gilt als ausgeschlossen.

### Wie werden Neuwahlen eingeleitet?

Nach Artikel 68 des Grundgesetzes kann der Bundeskanzler im Bundestag beantragen, ihm das Vertrauen auszusprechen. Erhält er keine Mehrheit, kann der Kanzler den Bundespräsidenten bitten, das Parlament aufzulösen. Dieser

hat dafür maximal 21 Tage Zeit. Sollte der Bundespräsident das Parlament auflösen – wozu er nicht verpflichtet ist – muss dies gemäß Artikel 39 innerhalb von 60 Tagen ein neuer Bundestag gewählt werden.

### Wie gestaltet sich die Übergangszeit?

Der Artikel 69 Grundgesetz sieht vor, dass der Kanzler auf Ersuchen des Bundespräsidenten verpflichtet ist, die Amtsgeschäfte bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiterzuführen. Das bedeutet, dass der Kanzler und das Kabinett, mit Ausnahme der Vertreter der FDP, im Amt bleiben. Dies gilt auch für die Bundesminister. Die Leitung der Ministerien Finanzen, Justiz, Verkehr und Bildung, die bisher unter einer FDP-Führung standen, können von anderen Ressortchefs übernommen werden. Alternativ kann aber auch der Kanzler einen Nachfolger vorschlagen und vom Bundespräsidenten ernennen lassen. Die Zustimmung des Bundestages braucht es dafür nicht.

### Meldungen zum künftigen Kabinett:

- Bundeskanzler Scholz hat Finanzminister Lindner entlassen. Als Grund nannte er den fehlenden Willen, einen Haushalt aufzustellen und die Schuldenbremse auszusetzen. Ebenfalls treten die FDP-Bundesminister Buschmann und Stark-Watzinger zurück. Alle sind heute Mittag durch Bundespräsident Steinmeier formal entlassen.
- Die offizielle Vertretungsregelung scheint ausgesetzt zu werden. Bundespräsident Steinmeier hat nun den Kanzler-Vertrauten Kukies (SPD, ehemals Goldman-Sachs) als Bundesfinanzminister ernannt, Verkehrsminister Wissing bekommt zusätzlich das Justizministerium zugeteilt und Landwirtschaftsminister



nister Özdemir wird das Bildungsministerium geschäftsführend leiten. Diese Konstellation wird bis zu den Neuwahlen bestehen.

- Bundesminister Wissing (Digitales und Verkehr) ist aus der FDP ausgetreten. Er wurde von Kanzler Scholz gebeten, dass Ressort weiterzuführen. Die Parlamentarischen Staatssekretäre im BMDV haben bereits ihren Rücktritt angekündigt.

### Was passiert mit den laufenden Gesetzesvorhaben?

Nach den Ausführungen von Bundeskanzler Scholz gehen wir bis zu diesem Zeitpunkt in die Phase einer Minderheitsregierung. Dabei kommt es bei den Entscheidungen auf die Oppositionsfractionen an. Dazu zählt nun auch die FDP-Bundestagsfraktion.

- Für Vorgänge, die bereits den Bundestag erreicht haben und „keinen Aufschub dulden“, will Bundeskanzler Scholz Mehrheiten bis 20.12.2024 finden. Darunter sollen der Ausgleich der kalten Progression, Stabilisierung der gesetzlichen Rente, Umsetzung des Europäischen Asylsystems und Sofortmaßnahmen für die Industrie (u.a. Automobilindustrie und Strompreisdeckel) fallen. **Das Tierschutzgesetz gehört nicht dazu.**
  - Dazu wird Bundeskanzler Scholz heute, 07.11.2024, mit Oppositionsführer Merz (CDU/CSU-Bundestagsfraktion) sprechen.
- Der Haushalt für 2025 wird nicht verabschiedet werden. Die Vorläufige Haushaltsführung tritt damit in Kraft.
- Diskontinuität bei nicht verabschiedeten Vorgängen: Nicht verabschiedete Vorgänge werden nicht in nächste Legislatur übernommen (sachliche Diskontinuität). Vorgang muss in neuer Legislatur formal neu angestoßen werden.
- Keine Diskontinuität im Bundesrat: Der Bundesrat kann die im Bundestag verabschiedeten Vorgänge jederzeit verabschieden.

- Referentenentwürfe, die noch nicht veröffentlicht sind → Veröffentlichung und Länder- & Verbändeanhörung höchstwahrscheinlich erst nach Bildung einer neuen Regierung.

- Referentenentwürfe, die bereits in der Länder- & Verbändeanhörung sind → Kabinettsentwurf erst nach Bildung einer neuen Regierung.

### Mediale Reaktion des DBV

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, fordert nach dem Ende der Ampel-Koalition schnelle Neuwahlen: „Das Ende der Ampel war absehbar und folgerichtig. Dieser ständige Streit in der Regierung musste beendet werden. Es muss jetzt schnellstmöglich Neuwahlen geben, eine Hängepartie können wir uns nicht leisten. Deutschland braucht endlich eine stabile, vertrauensbildende Regierung, auch um die bedeutende Rolle in Europa nicht zu verlieren. Wir benötigen einen echten Politikwechsel mit einem Signal des Aufbruchs für unser Land. Eine Minderheitsregierung wäre sicherlich das Gegenteil. Die Wirtschaft und auch die Landwirtschaft brauchen Perspektiven und eine Agenda, wie unsere Unternehmen wieder wettbewerbsfähig gemacht werden können. Ein echter Bürokratieabbau und Gesetze, die die Wirtschaft nicht weiter belasten, sondern entlasten sind jetzt dringend notwendig.“

### Stimmen aus dem politischen Berlin

#### Präsident Siegfried Russwurm, BDI

Der Präsident des BDI, Siegfried Russwurm, kommentiert die aktuellen Entwicklungen als konsequentes Ergebnis nicht geeinter Regierungsparteien. Er bekräftigt, dass die politischen Akteure der demokratischen Mitte jetzt gefordert sind, staatspolitisch verantwortlich zu handeln, um schnell für stabile Verhältnisse zu sorgen.



### **Präsident Dr. Rainer Dulger, BDA**

Arbeitgeberpräsident Dulger fordert nun so schnell wie möglich die Rückkehr zu einer handlungsfähigen Politik. Die Bundesregierung, Parlament und Bundesrat müssten so schnell wie möglich zurück ins Handeln kommen zum Wohle Wirtschaftsstandortes Deutschland.

### **Haushalt 2025**

Für den Bundeshaushalt 2025 liegt seit Sommer ein Regierungsentwurf vor. Sofern vor Beginn des Haushaltsjahres vom Parlament noch kein Haushalt verabschiedet wird, gibt es eine sogenannte vorläufige Haushaltsführung (Artikel 111 Grundgesetz). Das Verfahren ist nicht unbekannt und kam zuletzt 2024 (verzögerte Verhandlungen in Folge des BVerG-Urteils vom 15.11.2023), 2022 sowie 2018 (jeweils in Folge der späteren Beratungen nach einer Bundestagswahl) zur Anwendung. Die Ansätze und Haushaltsstrukturen des Regierungsentwurfs stellen dabei die Richtwerte und Obergrenzen der vorläufigen Haushaltsführung dar. Für die meisten Verwaltungs- und Programmausgaben sind 45 Prozent der vorgesehenen Mittel unmittelbar verfügbar. Für Investitionen und Rechtsverpflichtungen gilt keine derartige Einschränkung. Neue Maßnahmen dürfen während der vorläufigen Haushaltsführung nicht begonnen werden, es sei denn, sie sind sachlich und zeitlich unabweisbar.

### **Nachtragsbundeshaushalt 2024 auf Eis**

Der Bundeshaushalt 2024 wurde im Februar 2024 beschlossen und kann regulär bewirtschaftet werden. Auf Grund niedrigerer Steuereinnahmen und höherer Ausgaben wurde ein Nachtragshaushalt im Sommer vorgelegt. Ursprünglich wollte der Bundestag diesen in dieser Woche verabschieden. Wann dieser nun im Bundestag aufgerufen wird, ist zu aktueller Stunde offen. Ohne Nachtragshaushalt droht eine Haushaltssperre. Wie sich dies auf den konkreten Mittelabfluss auswirkt, ist spekulativ. Unmittelbare

Einschränkungen für den Einzelplan 10 sind derzeit noch nicht erkennbar.

Die BMEL-Mittel im Klima- und Transformationsfond (KTF) – etwa für den Wald im Rahmen der GAK, die Energieeffizienz in der Landwirtschaft sowie die Förderung im Bereich Wirtschaftsdünger – sind ebenfalls beschlossen und können bewirtschaftet werden. Auch hier sind die Auswirkungen offen. Auf Grund der Unterfinanzierung ist im KTF eine – wie auch immer geartete – Haushaltssperre aber wahrscheinlicher.

### **Fahrplan des DBV für die nächste Zeit**

Mit Blick auf die Vorbereitungen des DBV zu den kommenden Bundestagswahlen planen wir die Kernanliegen in einem gestrafften Format als Kurzprogramm in den Dezember-Gremien zu verabschieden. Wahlprüfsteine und die Möglichkeit eines Agrar-Wahl-Checks hängen von dem weiteren Vorgehen der Parteien ab. Festgehalten werden kann bereits jetzt, dass die Grüne Woche 2025 im Fokus der Neuwahlen stehen wird. Im Mittelpunkt steht für den Verband, die Anliegen der Landwirtschaft in vorderster Reihe zu platzieren.

### **Was bedeutet der Wegfall des Tagesordnungspunktes zur Höfeordnung**

Wie die weiteren im Parlament angesetzten Tagesordnungspunkte, wurde auch die für den heutigen Tag vorgesehene zweite und dritte Beratung zum Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung der Höfeordnung und zur Änderung der Verfahrensordnung für Höfesachen“ vom Bundestag von der Tagesordnung abgesetzt. Eine Novellierung der bundesrechtlichen Höfeordnung ist aufgrund des Wegfalles der Einheitsbewertung ab 2025 als Bemessungsgrundlage dringend notwendig. Fehlt es an einer gesetzlichen Änderung bis zum 01.01.2025, ist ein gerechter Ausgleich zwischen Hoferben und weichendem Erben nicht möglich. Die betroffenen Landesbauernverbände hatten sich mit einem



eigenen Vorschlag, beruhend auf dem Gutachten des Prof. Dr. Bahrs von der Universität Hohenheim, stark gemacht, den neuen Grundsteuerwert als Bemessungsgrundlage heranzuziehen.

### Vorgänge, die noch vor Verabschiedung im Kabinett stehen, werden höchstwahrscheinlich nicht mehr verabschiedet

#### Vorhaben mit Relevanz für den DBV

- Änderung des Tierhaltungskennzeichen
- Änderung Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung
- Wasserhaushaltsgesetz
- Änderung des Agrarstatistikgesetzes
- Novelle Bundeswaldgesetz
- Nährstoffbilanzverordnung und Monitoringverordnung
- Nationale Biomassestrategie
- GE Steuerliche Behandlung von ausschließlich mit E-Fuels betreibbaren KfZ
- Verordnung Pflanzenschutzmittel-Ausfuhrverbot
- Gesetz zum Schutz von Kindern vor Werbung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt

### Statement Bundeskanzler Scholz

In seinem Statement am Mittwochabend machte er Finanzminister Lindner für das Scheitern der Ampel verantwortlich. Er sähe sich gezwungen diesen Schritt zu gehen, um Schaden von Deutschland abzuwenden. Es brauche nun eine handlungsfähige Regierung, die die Kraft hat, die nötigen Entscheidungen für unser Land zu treffen.

### Statement Bundeswirtschaftsminister Habeck

Zu Beginn seines Statements erklärte Habeck, die Entlassung des Finanzministers durch den Bundeskanzler sie „so folgerichtig wie unnötig“ gewesen. Laut Habeck hätte es nicht zu einem Bruch kommen müssen, da es Möglichkeiten gegeben hätte, die Haushaltslücke zu schließen.

Die Grünen wollen nun den Fokus auf den sozialen Zusammenhalt, den sozialen Frieden und die Zukunft des Landes legen.

### Statement Christian Lindner

Christian Lindner betonte in seinem Statement, dass die FDP konkrete Vorschläge für eine wirtschaftliche Wende erarbeitet hätte, um das Land wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Diese Vorschläge seien jedoch von der SPD und den Grünen nicht als Beratungsgrundlage akzeptiert worden. Lindner beschuldigte Scholz, die Sorgen der Bürger zu verharmlosen und wichtige Entscheidungen zu blockieren. Er schloss mit der Äußerung, die FDP nicht nur in den nächsten Bundestagswahlkampf zu führen, sondern auch in eine neue Bundesregierung.

### Statement Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir

Cem Özdemir ist laut eigenen Angaben von Vize-Kanzler Habeck nach Abstimmung mit dem Bundeskanzler gebeten worden, bis zu Neuwahlen die Leitung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu übernehmen. Er betonte, den Übergang zu Neuwahlen so geordnet und verlässlich wie möglich zu gestalten.

### Angekündigter Zeitplan

